Oldletter: SPD-Geschichten aus Papenburg

SPD

20.02.2016

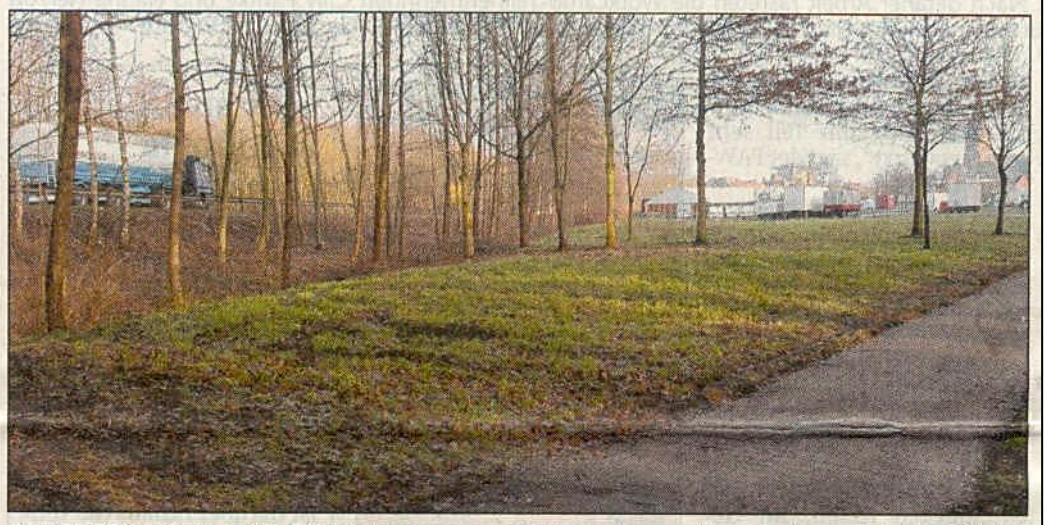
Nr. 86

Inhalt:

Standort des neuen Jugendzentrums	S. 01	Keine Privatisierung der Abwässer	S. 03
Kommunalpolitische Leitlinien	S. 03	Für Mindestlöhne	S. 04
Liste der SPD-Kreistagskandidaten verabschiedet	S. 03		

Februar 2006

Standort des neuen Jugendzentrums



IM DREIECK zwischen dem Verbindungsweg vom Marktplatz zur Moorstraße und der B 70 (links) soll das neue Papenburger Jugendzentrum entstehen. Foto: Dieckmann

CDU setzt JuZ Marktplatz durch

Opposition votiert geschlossen gegen die Standortwahl

Papenburg kd

Das Jugendzentrum Marktplatz soll das Jugendzentrum Wasserwerk ablösen. Mehrheitlich hat sich der Rat der Stadt Papenburg dafür ausgesprochen, das neue JuZ im Bereich des Untenender Markplatzes zu errichten.

Mit einem geschlossenem Abstimmungsvotum setzte die CDU-Mehrheitsfraktion ihre Vorstellungen über den künftigen Standort des Jugendzentrums durch. Die Opposition mit SPD, Grünen und FDP, die sich unisono gegen die Lage im südlichen Bereich des Marktplatzes aussprach, sparte nicht mit harscher Kritik.

Durch die Nähe zur Bundesstraße 70 sei die Sicherheitslage bedenklich, das Marktgeschehen zu den Volksfesten drohe, den Betrieb des Jugendheims zu beinträchtigen, und die Skateranlage belästige durch ihren Lärmpegel Beerdigungen wie stille Besuche an den Gräbern auf dem evangelischen Friedhof An der Marktkirche, führten Hartmut Bugiel und Peter Raske seitens der SPD ins Feld.

Als „unmöglichen Standort" qualifizierte Hermann-Josef Averdung die neue Adresse des Jugendzentrums ab. Zudem bemängelte er, dass die Einrichtung „voll und ganz auf Pump" gebaut werde, da eine andere Finanzierungsmöglichkeit nicht vorliege.

Die CDU reagierte auf die Angriffe gelassen: Der Jugendstadtrat und die jungen Leute selbst hätten den Standort Markplatz für gut befunden, hielt Annette Pöttker gegen. Warum also solle man die Diskussion noch länger offen halten, zumal eine ganze Reihe von Grundstücken unter die Lupe genommen wurde. Das Verfahren weiter hinauszuzögern bedeute, die Jugendlichen müssen noch länger in den maroden Räumlichkeiten des ehemaligen Wasserwerks zubringen.

In die gleiche Kerbe hieb Carsten Schüler, der den Standortgegnern zudem Konzeptlosigkeit vorhielt. Und CDU-Ratskollege Hermann-Josef Abeln ergänzte: „Wir wollen keinen Stillstand in dieser Sache". Das Bauleitverfahren müsse auf den Weg gebracht werden, hieß es.

Dies war denn auch Inhalt des Ratsbeschlusses. Mit dem Einstieg in die Änderung des Flächennutzungsplanes und der Aufstellung eines Bebauungsplanes wurden die Rahmenbedingungen für das Flächendreieck am Marktplatz geschaffen, das mit seiner südlichen Spitze zur Moorstraße zeigt. Wie das Gebäude des Jugendzentrums (geschätzte Kosten 325 000 Euro) letztendlich baulich gestaltet wird, steht nach den Worten von Stadtbaurat Dirk Landeck erst im nächsten Schritt in den Ratsgremien zur Beratung an.

Ems-Zeitung 18.02.2006

Wie ernst war es der CDU mit ihrem Engagement für das Jugendzentrum?

Aus wirtschaftlichen Gründen sollte das Jugendzentrum am bestehenden Standort nicht weiter bleiben. Das Gelände ließ sich nämlich gut verkaufen für eine Geschäftsansiedlung. Deshalb wurde auch gar nicht erst der Neubau des Jugendzentrums an dieser Stelle in Erwägung gezogen!

Es gab genügend Argumente gegen den jetzt geplanten Standort. Jedoch wurde vollmundig in der Ratssitzung von der CDU ins Feld geführt, der geplante neue Standort am hintersten Zipfel des Marktplatzes befände sich zentral im Schatten des Rathauses. Da musste das Rathaus aber einen weiten Schatten werfen.
Wenn die CDU diese Nähe zum Rathaus ernst meinte, warum sprach sie sich dann nicht tatsächlich für einen Standort im Schatten des Rathauses aus: Das alte Feuerwehrhaus könnte sehr gut als Jugendzentrum genutzt werden. Und wenn man ein Herz für die Jugend hätte, so würde man das Gebäude abreißen und an dieser Stelle ein modernes Jugendzentrum neu bauen.
Aber im hintersten Zipfel des Marktplatzes hinter dem dort oftmals übernachtenden „Fahrenden Volk“ waren in den Augen der CDU die Jugendlichen gut aufgehoben. Dort fielen sie nicht auf und keiner brauchte sich aufzuregen, denn es sieht und hört sie dort keiner.
Wäre es der CDU ernst mit ihrem Engagement für die Jugend, sie würde den attraktivsten Standort in der Stadt für das Jugendzentrum wählen, auch wenn es etwas mehr kosten müsste.

„Feuerwehrhaus könnte man als Jugendzentrum nutzen“

Betrifft: Neubau eines Jugendzentrums in Papenburg

„Wie ernst ist es der CDU eigentlich mit ihrem Engagement für das Jugendzentrum? Aus wirtschaftlichen Gründen soll das Jugendzentrum am bestehenden Standort nicht weiter bleiben. Das Gelände lässt sich nämlich gut verkaufen für eine Geschäftsansiedlung. Deshalb wurde auch gar nicht erst der Abbruch des Wasserwerkes und der Neubau des Jugendzentrums dort in Erwägung gezogen!

Es gibt genügend Argumente gegen den jetzt geplanten Standort. Jedoch wurde vollmundig in der Ratssitzung von der CDU ins Feld geführt, der geplante neue Standort am hintersten Zipfel des Marktplatzes befinde sich zentral im Schatten des Rathauses. Da muss das Rathaus aber einen weiten Schatten werfen.

Wenn die CDU diese Nähe zum Rathaus ernst meint, warum spricht sie sich dann nicht tatsächlich für einen Standort im Schatten des Rathauses aus: Das alte Feuerwehrhaus könnte sehr gut als Jugendzentrum genutzt werden. Und wenn man ein Herz für die Jugend hätte, so würde man das Gebäude abreißen und an dieser Stelle ein modernes Jugendzentrum neu bauen.

Aber im hintersten Zipfel des Marktplatzes hinter dem dort oftmals übernachtenden ‚Fahrenden Volk‘ sind in den Augen der CDU die Jugendlichen gut aufgehoben. Dort fallen sie nicht auf, und keiner braucht sich aufzuregen, denn es sieht und hört sie dort keiner.

Wäre es der CDU ernst mit ihrem Engagement für die Jugend, sie würde den attraktivsten Standort in der Stadt für das Jugendzentrum wählen, auch wenn es etwas mehr kosten müsste.“

Peter Raske
Am Kamp 31
Papenburg

Ems-Zeitung 23.02.2006

Zum geplanten Jugendzentrum in Papenburg äußert sich Peter Raske:

Wie ernst ist es der CDU eigentlich mit ihrem Engagement für das Jugendzentrum? Aus wirtschaftlichen Gründen soll das Jugendzentrum am bestehenden Standort nicht weiter bleiben. Das Gelände lässt sich nämlich gut verkaufen für eine Geschäftsansiedlung. Deshalb wurde gar nicht erst der Abbruch des Wasserwerkes und ein Neubau des Jugendzentrums dort in Erwägung gezogen.

In der Ratssitzung wurde von der CDU vollmundig ins Feld geführt, der geplante neue Standort am hintersten Zipfel des Marktplatzes befinde sich zentral im Schatten des Rathauses. Da muss das Rathaus aber einen weiten Schatten werfen.

Wenn die CDU die Nähe zum Rathaus ernst meint, warum spricht sie sich dann nicht für einen entsprechenden Standort aus: Das alte Feuerwehrhaus könnte gut als Jugendzentrum genutzt werden. Wenn man ein Herz für die Jugend hätte, würde man das Gebäude abreißen und an dieser Stelle ein modernes Jugendzentrum neu bauen.

Aber im hintersten Zipfel des Marktplatzes fallen die Jugendlichen nicht auf und keiner braucht sich aufzuregen, denn es sieht und hört sie dort keiner.

Peter Raske
Papenburg

Der Wecker 05.03.2006

März 2006

Kommunalpolitische Leitlinien

Der SPD-Ortsverein machte auf seiner letzten Sitzung Vorschläge für Kandidaten zur Kreistagwahl. Gleichzeitig behandelte er Leitlinien für die Kommunalwahl. Hier schloss man sich weitestgehend den kommunalpolitischen Leitlinien der niedersächsischen SPD an. Leitmotiv des Handelns war dabei der Grundsatz „Die Stadt gestalten statt verwalten“. Die SPD in Papenburg bekannte sich ausdrücklich zu einem starken und handlungsfähigen Staat, der seine Aufgaben im Interesse der Menschen erfüllen kann.

Ziel war, durch eine überzeugende Kommunalpolitik zur bestimmenden politischen Kraft in Papenburg zu werden. Die aktive Gestaltung und nachhaltige Verbesserung des Lebens-, Arbeits- und Wohnumfeldes der Bürger stellte die zentrale Herausforderung dar.

Inhalte der Leitlinienwaren eine familienfreundliche Kommune, eine neue Arbeitsmarktpolitik und moderne Kommunalverwaltungen. Es wurde Bürokratieabbau verlangt und das Vergaberecht sollte vereinfacht werden. Die interkommunale Zusammenarbeit sollte intensiviert werden und die SPD trat ein für ein Europa der starken Kommunen.

Konkret für Papenburg bedeutete das, dass der Ausbau der Kinderbetreuung besonders für Kinder unter 3 Jahren überfällig wäre, so Vorstandsmitglied Alois Bamming. Die qualifizierte Betreuung der Kinder in den Tagesstätten müsste in einem flächendeckenden Angebot an Ganztagsschulen ihre Fortsetzung finden. Ganztagsschulen wären ein unverzichtbarer Teil einer modernen Familienpolitik.

Liste für die Kreistagskandidaten verabschiedet

Gemeinsam verabschiedeten die SPD-Ortsvereine Papenburg und Aschendorf auf der SPD-Stadtverbandsversammlung am 23.02.06, im Hotel Hilling ihre Liste für die Kandidaten zum Kreistag.

Für Platz 1 gab es eine Wahl zwischen Peter Raske, Ortsverein Papenburg, und Hans-Werner Gouterney, Ortsverein Aschendorf, in einer gesonderten Abstimmung. Nach dem Sieg von Peter Raske einigte sich die Versammlung einvernehmlich über die Reihenfolge der weiteren Plätze. Auf den ersten drei Plätzen befanden sich jeweils ein Vertreter des Untenendes, Aschendorfs und des Obenendes.

Die Kreistagskandidaten der SPD in Papenburg waren:

1. Peter Raske,

2. Hans-Werner Gouterney,

3. Peter Behrens,

4. Bernhard Bloem,

8. Thomas Claußen,

9. Ramazan Sinankili,

10. Werner Deeken.

Diese Liste wurde zusammen mit den anderen Listen aus den einzelnen Wahlbereichen des Landkreises auf der Kreisdelegiertenkonferenzen am 25. März 2006 in Meppen verabschiedet. Für diese Delegiertenversammlung und für die Wahl des Landratskandidaten der SPD, die ebenfalls am 25. März in Meppen stattfand wählte der SPD-Ortsverein Papenburg am selben Abend jeweils sieben Delegierte.

SPD nominiert Kandidaten

Die Sozialdemokraten aus Papenburg und Aschendorf haben ihre Bewerber-Liste für den Kreistag verabschiedet.

PAPENBURG. Die SPD-Ortsvereine in Papenburg und Aschendorf haben kürzlich auf der Stadtverbandsversammlung ihre Kandidaten-Liste zum Kreistag verabschiedet. Nachdem es für Platz eins der Liste eine gesonderte Abstimmung gab, einigte sich die Versammlung über die Reihenfolge der weiteren Plätze. Für die ersten drei Plätze wurde jeweils ein Vertreter des Untenendes, Aschendorfs und des Obenendes aufgestellt.

Die Kreistagskandidaten der SPD in Papenburg sind: 1. Peter Raske, 2. Hans-Werner Gouterney, 3. Peter Behrens, 4. Bernhard Bloem, 5. Norbert Hermes, 6. Wilhelm Kröger, 7. Günter Klein, 8. Thomas Claußen, 9. Ramazan Sinankili und 10. Werner Deeken.

Diese Liste wird zusammen mit den anderen Listen aus den einzelnen Wahlbreichen des Landkreises auf der Kreisdelegiertenkonferenzen am 25. März verabschiedet.

Der Wecker 08.03.2006

Keine Privatisierung der Abwässer

In letzter Zeit gab es immer wieder Hinweise aus der CDU in Papenburg und von der Stadtverwaltung, dass über eine Privatisierung der Abwasserentsorgung nachgedacht würde. Die Fraktion fand sich nun in ihrer Ablehnung der Privatisierung der Abwasserentsorgung von Experten bestätigt. Bei der Anhörung am 27.02.2006 im Umweltausschuss des Landtages äußerten fast alle Sachverständigen massive Vorbehalte gegen die Pläne von Umweltminister Sander. Lediglich Vertreter der Unternehmen, die als Käufer von Kläranlagen oder Rohrsystemen in Frage kamen, sprachen sich für die Privatisierungspläne aus.

„Die Erfahrungen aus dem In- und Ausland zeigten: Wo die Abwasserbeseitigung privatisiert wurde, stiegen die Gebühren und sanken die Qualitätsstandards“, betonte GRÜNEN-Ratsherr Gottfried Sandmann. Für Städte und Gemeinden reichte das derzeitige Instrumentarium aus. „Die Kommunalen Spitzenverbände haben einmal mehr deutlich gemacht, dass sie die Privatisierungspläne des Umweltministers strikt ablehnen“, so SPD-Ratsherr Wilhelm Kröger.

Der Fraktionsvorsitzende verwies darauf, dass die Abwassergebühren in ganz Niedersachsen unter die Mehrwertsteuer fallen würden, wenn nur eine einzige Kommune ihre Abwasserentsorgung privatisierte. Das würde dann im nächsten Jahr um 19 Prozent höhere Gebühren für alle bedeuten. Im Übrigen würden bei einer vollständigen Privatisierung die Kosten für die Überwachung der Umweltauflagen bei den Kommunen verbleiben. Private Betreiber würden diese Aufwendungen sicher nicht erstatten.

Höhere Gebühren für alle?

SPD und Grüne gegen Privatisierungspläne bei Abwasser

Papenburg

Die Fraktion von SPD und Grünen im Rat der Stadt Papenburg sieht sich in ihrer Ablehnung einer Privatisierung der Abwasserentsorgung von Experten bestätigt.

Wie Fraktionssprecher Peter Raske mitteilte, hätten bei einer Anhörung im Umweltausschuss des Niedersächsischen Landtages fast alle Sachverständigen Vorbehalte gegen entsprechende Pläne von Umweltminister Hans-Heinrich Sander geäußert. Lediglich Vertreter der Unternehmen, die als Käufer von Kläranlagen oder Rohrsystemen infrage kommen, hätten sich für die Überlegungen des FDP-Politikers ausgesprochen. Auch in Papenburg habe es zuletzt immer wieder Hinweise aus der CDU sowie von der Stadtverwaltung gegeben, dass über eine Privatisierung der Abwasserentsorgung nachgedacht werde.

„Die Erfahrungen aus dem In- und Ausland zeigen: Wo die Abwasserbeseitigung privatisiert wird, steigen die Gebühren und sinken die Qualitätsstandards“, stellte Grünen-Ratsherr Gottfried Sandmann fest. Für Städte und Gemeinden reiche das derzeitige Instrumentarium aus.

Fraktionsvorsitzender Hartmut Bugiel verwies darauf, dass die Abwassergebühren in ganz Niedersachsen unter die Mehrwertsteuer fallen würden, wenn nur eine einzige Kommune ihre Abwasserentsorgung privatisiere. „Das würde dann im nächsten Jahr um 19 Prozent höhere Gebühren für alle bedeuten“, so Bugiel.

Im Übrigen würden bei einer vollständigen Privatisierung die Kosten für die Überwachung der Umweltauflagen bei den Kommunen verbleiben. Private Betreiber würden diese Aufwendungen sicher nicht erstatten.

Ems-Zeitung 02.03.2006

Für Mindestlöhne

Auf der Märzsitzung des Ortsausschusses beschäftigten sich die Mitglieder mit der wachsenden Zahl von Arbeitslosen bei gleichzeitig ständig zunehmender Zuwanderung von Arbeitnehmern aus Billiglohnländern aus den neuen Mitgliedsländern der EU im Umfeld der Meyerwerft.

Vor diesem Hintergrund begrüßte die SPD in Papenburg die Korrekturen der EU-Dienstleistungsrichtlinie im Europäischen Parlament. Die Mehrheit der Europaabgeordneten nahm ihre Verantwortung für den Erhalt des Europäischen Sozialmodells wahr und orientierte sich bei ihrer Entscheidung an zentralen Forderungen von deutscher und europäischer Sozialdemokratie sowie der Gewerkschaften.

Die Debatte um die Einführung von Mindestlöhnen sollte verstärkt werden, äußerte sich SPD-Vorstandsmitglied Klaus Stege. Es galt Regelungen zu finden, die eine Mindestabsicherung gegen Billiglohnkonkurrenz in den Bereichen ermöglichte, die keiner tarifvertraglichen Regelung unterlagen.

Heute arbeiteten bereits rund 2,5 Millionen Vollzeitbeschäftigte in Deutschland für Armutslöhne, die weniger als 50 Prozent des Durchschnittslohnes betrugen. Die Tarifbindung im Niedriglohnsektor nehme weiter ab, erklärte Peter Raske. Armutslöhne wurden aber nicht nur bei tarifungebundenen Arbeitgebern gezahlt. Mittlerweile gab es auch viele Tariflöhne, deren Bruttostundenlohn im Bereich von drei bis sechs Euro lagen.

Von den bisherigen 15 EU-Mitgliedsstaaten verfügten 9 Länder über einen gesetzlichen Mindestlohn, ebenso neun der zehn neuen EU-Mitgliedsländer. Die Erfahrungen der anderen europäischen Staaten zeigten, dass ein gesetzlicher Mindestlohn weder zu erheblichen Beschäftigungseinbrüchen führte, noch die Tarifautonomie beschädigte. Gute Arbeit müsste auch gerecht entlohnt werden. Die Einführung von Mindestabsicherungen war also grundsätzlicher Natur.